Wir können feststellen, daß im Jahre 1971 ein wichtiger Beitrag zur Minderung der Spannungen in Europa, zur praktischen Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz geleistet wurde. Ausdruck dafür waren u. a. die Weiterentwicklung der sowjetisch-französischen Beziehungen, die als ein Musterbeispiel für Beziehungen friedlicher Koexistenz und als eine gute Grundlage für die europäische Sicherheitskonferenz anzusehen sind, sowie die neuen Schritte, die für die Ratifizierung des sowjetisch-westdeutschen und des polnisch-westdeutschen Vertrages unternommen wurden.

Umso höher sind demnach auch die Initiativen unserer Republik gegenüber der BRD und Westberlin zur Entspannung und zur Sicherheit in Europa zu bewerten. Unser Drängen nach Ratifizierung des sowjetisch-westdeutschen und des polnisch-westdeutschen Vertrages durch Bonn sowie unsere Verhandlungen mit der Regierung der BRD und dem Westberliner Senat und die dabei erzielten Resultate ordnen sich ein in die große Offensive der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft für die Durchsetzung der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz; sie sind direkte Bestandteile dieser Offensive und haben insofern auch ihre spezifische weltpolitische Bedeutung, die auch von unseren Bruderländern in Prag hoch eingeschätzt wurde.

Es ist notwendig, erneut zu unterstreichen: In der politisch-operativen Arbeit des MfS sind alle Möglichkeiten zur Unterstützung der Realisierung des europäischen Friedensprogramms der sozialistischen Gemeinschaft zielstrebig zu erschließen. Es sind erhöhte Anstrengungen zur detaillierten Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen der USA, der BRD und anderer NATO-Staaten zur Verhinderung weiterer außenpolitischer Erfolge der sozialistischen Staaten, zur